Nr. 211 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 26. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Klein- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nicht verlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Mission Jouhaux

Von unserm ☞-Mitarbeiter

Haag, 22. August

Die durch die Ausweisung der zwei Vertreter Englands von der Pariser Regierung gestörten Beziehungen englischer Arbeiterbevollmächtigter mit den Vertretern des französischen Arbeitsverbandes suchten zu dem Beschluß, wieder einmal die Zuflucht nach Amsterdam zu nehmen, wo man die nötige Sicherheit besitzt, die internationalen Beziehungen der Arbeiterverbände zu pflegen und in den neu aufgetauchten Fragen eine gemeinschaftliche Haltung festzustellen. Der Leiter der C. G. T. (französische Arbeitsföderation), Jouhaux, befindet sich wieder in persönlichem Kontakt mit den Delegierten der britischen Arbeitspartei, mit den Belgiern und mit den Holländern; er hofft, in Holland auch mit einem polnischen Sozialisten zu sprechen, denn es ist dem Führer der französischen Gewerkschaftsbewegung nicht unbekannt geblieben, daß sich jetzt in Holland eine Gruppe „polnischer Sozialisten" gebildet hat, die ihrer eigentlichen Regierung wegen des Scheinsozialisten Pilsudski feindlich gegenüberstehen und auf den günstigen Augenblick warten, um die polnische Arbeiterbewegung aus ihrem heutigen Irrwegen auf die Bahn der Internationale zu bringen — ein Plan, der in Paris als eine von den Bolschewisten eingeschürte „Einmengung in die inneren Angelegenheiten Polens" bezeichnet wird.

Jouhaux soll nun in Amsterdam die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, sich mit den Polen der „wahren sozialistischen Gesinnung" auszusprechen. Ob über diese Verhandlungen Mitteilungen gemacht werden, ist sehr fraglich, denn die Arbeiterführer sehen sich bisweilen gezwungen, die Satzungen von der „Oeffentlichkeit der Diplomatie" so zu behandeln, wie es zur Zeit Wilsons in Paris geschah. Jouhaux kommt nach Amsterdam, weil er in seinem eigenen Lande einen klaren Einblick in die Lage nicht gewinnen kann. Das melden die französischen Gewerkschaftsblätter. Es ist bezeichnend für die Zustände in der Hauptstadt Frankreichs, daß trotz der Aufhebung der Zensur noch immer die Möglichkeit besteht, der öffentlichen Meinung die unbequemen Dinge vorzuenthalten, den gegnerischen Politikern, also den Arbeiterführern, Hemmnisse in ihrem Informationsdienste entgegenzustellen.

Viele Vorfälle weisen darauf hin, daß das „cabinet noir" (die Postzensur) in Frankreich noch am Werke ist, und auch Jouhaux, der sein Nachrichtenbureau in Paris hat, findet nicht die Möglichkeit, sich seiner Quellen ungehindert zu bedienen. Es ist festgestellt worden, daß dem Leiter der französischen Arbeitskonföderation die Berichte der französischen Eisenbahnarbeiter im Saargebiete nicht in die Hände gelangen, ebensowenig wie eine Darlegung der Vorgänge in Oberschlesien, wo französische Soldaten für Jouhaux einen Lagebericht abfassen. Infolgedessen wird Jouhaux in Amsterdam sich zum besseren Einblick in die jüngsten Geschehnisse im Saargebiete verschaffen. Auch die Zwischenfälle in Oberschlesien wird er auf Grund der ihm in Holland zugänglichen Informationen kennenlernen.

Wegen der Haltung der französischen Arbeiterschaft in dem polnisch-russischen Kriege bringt Jouhaux die Resolution mit, daß es gegenwärtig nicht möglich wäre, einen Generalstreik in Frankreich aufzurufen, falls die Pariser Machthaber von ihrer Angriffspolitik auf die Moskauer Bolschewisten nicht lassen sollten. Jouhaux hält einen Generalstreikbeschluß für „platonisch", weil auch die christlichen Gewerkschaften in Frankreich eher auf die Seite des katholischen Polen stellen und einen Sieg Warschaus sogar wünschen. Es käme demnach wieder zu tiefgehenden Spaltungen in der französischen Arbeiterklasse, und die Bourgeoisie würde schließlich den Nutzen ziehen. Von der heutigen Regierung, und besonders von dem ihr Hilfe leihenden Klerus, erhielte die katholische (christliche) Arbeiterorganisation sehr erhebliche Förderung. Der französische Klerus wünsche eher eine entschlossene Bundespolitik Frankreichs zu Polen.

Jouhaux schlägt als Kampfmittel der französischen Arbeiterklasse die passive Resistenz in allen Rüstungswerkstätten und in allen Staatsbetrieben vor. Er erhebt, als Bevollmächtigter der Konföderation, diesen Vorschlag zum Ausgangspunkt der Amsterdamer Verhandlungen. Es hat den Anschein, als wären auch die britischen Vertreter geneigt, die Generalstreikforderung fallen zu lassen, weil sie mit Jouhaux zu einer Verständigung gelangen wollen. Was die Belgier betrifft, so reichen die Antwerpener Zwischenfälle (Weigerung der Hafenarbeiter, die Munitionsschiffe zu laden) vollkommen hin, um die Taktik der Belgier als wirksam zu kennzeichnen. Mit der politischen Seite des polnisch-russischen Krieges will sich Jouhaux nicht befassen, schon deshalb nicht, weil er ein entschiedener Gegner der Kommunisten ist; er vertritt das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Freiheit der Handelsbeziehungen; eine Einmischung in innere Politik lehnt er ab, sei es von polnischer, sei es von russischer Seite. Jouhaux erwartet von den französischen Minderheitssozialisten eine starke Aktion gegen die Regierung Millerands.

Die Polen wollen in Danzig eingreifen

* Kopenhagen, 25. August. Wie das polnische Preßbureau mitteilt, hat Polen die Absicht, Truppen nach Danzig zu schicken, um dort die Ordnung (!) aufrechtzuerhalten. Außerdem werden aus Polen Arbeiter nach Danzig geschickt werden, um die Waffen und Munition auszuladen, die mit dem französischen Dampfer „Guernon" und dem Transportschiff „Ancre" angekommen sind. Der polnische Generalsekretär Dombrowski, der als Vertreter der polnischen Regierung in Danzig angekommen ist, berichtet, daß Sir Reginald Tower die Löschung von Kriegsmaterial nicht verbot, wohl aber erklärt hat, daß er die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht gewährleisten könne, wenn die Löschung beginne.

*

Der Völkerbund an Danzig nicht interessiert

Der „Matin" meldet aus London: Der Völkerbund veröffentlicht eine Erklärung, daß er nichts mit der Verwaltung Danzigs zu tun habe. Sir Reginald Tower handle nur als Bevollmächtigter der Alliierten.

Danzig darf nicht neutral bleiben

☞ Paris, 25. August. (Eigener Drahtbericht)

Der englische Geschäftsträger wurde am Quai d'Orsay empfangen. Er übergab dem Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren Paleologue eine Erklärung Lloyd Georges und Giolittis, die sich mit der Sicherstellung der Rechte Polens im Korridor und in Danzig beschäftigt. Die beiden Ministerpräsidenten erklären kategorisch, daß sie die Auffassung der französischen Regierung über den Artikel 104 des Versailler Vertrages teilen und Polen die Durchfahrt seiner Waren, Munition und Waffen garantieren. Sie fügten hinzu, daß, wenn die Arbeiter des Hafens von Danzig die Arbeit verweigern sollten, sofort alle Hilfskräfte zur Verfügung gestellt und verwendet werden. Möglicherweise werden die alliierten Schiffe intervenieren, um die Arbeitswilligen zu schützen. Wenn es sein muß, werden die alliierten Truppen verstärkt werden. Am Schluß beauftragten Lloyd George und Giolitti Millerand in seiner Eigenschaft als Präsident der Botschafterkonferenz, falls Amerika und Japan damit einverstanden sind, die Instruktionen Sir Reginald Towers zu revidieren und sie dann dem Oberkommissar von Danzig zukommen zu lassen. Millerand hat daraufhin neue und feste Instruktionen an Tower nach Danzig senden lassen. Sache des Völkerbundes sei es, eine genaue Ausführung der Völkerbundssatzungen zu überwachen.

Der Zusammenbruch der russischen Front

Ueber die Lage an der russisch-polnischen Front wird von den Polen berichtet: Der polnische Nordflügel hängt den zurückgehenden Resten der 4. bolschewistischen Armee scharf in der Richtung auf Kolno nach. Das Zentrum hat nach Vernichtung starker Teile der 15. bolschewistischen Armee am Montag Lomza erreicht und befindet sich im Vormarsch vor Bialystok. In nördlicher Richtung in der Gegend von Brest-Litowsk und Chelm vergebliche Gegenangriffe der Bolschewisten. Auch in Galizien haben die polnischen Truppen den Vormarsch aufgenommen und den Bug westlich und östlich von Lemberg überschritten. Der Uebertritt bolschewistischer Truppen über die deutsche Grenze hält an. — Weiter meldet der polnische Heeresbericht: Im Norden Besetzung von Prasnica und Mlawa. Entscheidende Niederlage der bolschewistischen Nordarmee. Panikartige Flucht der Bolschewisten. Die Polen melden viele Gefangene. Im Zentrum schreiten die Polen unter Führung von Pilsudski vor und haben die Linie Zambrow-Mafowiec und den Narew südlich von Bialystok überschritten. Im Süden ziehen sich die Russen aus der Gegend von Lemberg zurück und werden von den Polen scharf verfolgt, die sich der Buglinie nähern. Auch vom Sbrucz haben sich die Russen zurückgezogen.

Diese Berichte werden noch ergänzt durch folgende Drahtmeldungen:

B. Berlin, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Memel vom Montag abend sind Augustowo und Suwalki in der Montagnacht von polnischen Vortruppen besetzt worden. Damit ist der letzte deutsche Grenzabschnitt wieder polnisches Nachbargebiet. — Nach der Reichsregierung zugegangenen Meldungen aus Ostpreußen waren bis zum Dienstag auf ostpreußisches Gebiet 26 000 Russen und Flüchtlinge übergetreten. Die Polen haben, wie eine zuverlässige Nachricht besagt, in dem wiederbesetzten Soldau das Standrecht verhängt und mit der Vollstreckung kriegsgerichtlicher Urteile gegen Deutsche wegen Hochverrats begonnen. Am Montag sind 13 standrechtliche Hinrichtungen erfolgt.

⊖ Genf, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Die Polen stehen vor Pinsk. Janow, 25 Kilometer vor Pinsk, ist von den Polen bereits besetzt. Der Zusammenbruch der russischen Front reicht schon bis Wilna und Minsk. Die polnische Armee ist jetzt 650 000 Mann stark und die alliierten Militärsachverständigen in Warschau rechnen mit der Vernichtung der russischen Heere (?) und einer Zurückwerfung auf die Beresina-Linie vor dem Winter. — Havas meldet am Dienstag von der polnischen Nordfront: Die Polen rücken von Bialystok über Grodno auf Wilna vor. Sie standen am Montag abend bei Sokolka vor Grodno. Die russische Nordarmee befindet sich auf fluchtartigem Rückzug nach Wilna.

Die Folgen der Niederlage machen sich für die Russen zunächst bei den Verhandlungen in Minsk am bemerkbarsten. Die Polen werden anspruchsvoll und unnachgiebig. Nach dem „Daily Herald" besteht die polnische Antwort auf die russischen Friedensbedingungen darin, daß von sämtlichen russischen Forderungen nur eine einzige, nämlich die der Demobilisierung, angenommen werden sollte und die Annahme dieses Verlangens noch an die Bedingung der Gegenseitigkeit geknüpft wurde. Die Polen erklärten ferner, daß sie unter Demobilmachung auch die Stillegung der Kriegsindustrie verständen. Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation erwiderte, daß der polnische Standpunkt in dieser Form nicht diskutabel sei, solange Rußland noch andre Gegner habe. Der allgemeine Eindruck ging dahin, daß mit einem schleunigen Ende der Konferenz in Minsk zu rechnen ist. — Die schlechten Aussichten der Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland, die kein Geheimnis sein können, werden noch durch folgendes bestätigt:

⊖ Basel, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" veröffentlicht ein Luzerner Telegramm, das besagt, an ein Ergebnis der Friedensverhandlungen in Minsk glaube keiner der alliierten Staatsmänner mehr.

Wie weit die Russen geneigt sind, Konsequenzen aus ihrer Niederlage zu ziehen, ist noch nicht erkennbar. Es scheint noch etwas voreilig zu sein, wenn der Berichterstatter des „Daily Chronicle" in Warschau meldet, daß die russischen Delegierten in Minsk mit Rücksicht auf die Erfolge der Polen gemäßigtere Friedensbedingungen stellten. Dieser Meldung widerspricht ein Funkspruch aus Moskau, der lautet: „In einer Kundgebung der russischen Regierung heißt es: Wir müssen jetzt Bürgschaften gegen neue Ueberfälle verlangen. Wir glauben dem polnischen Arbeiter und verlangen, daß er bewaffnet wird. Wir trauen der polnischen Bourgeoisie nicht, deren Delegation sogar jetzt den Frieden sabotiert. Die Delegation hat begonnen, den Frieden mehr zu sabotieren, als sie unsre Mißerfolge der letzten Tage gesehen hatte. Wir müssen deshalb an dieser Front einen entscheidenden Kampf gehen und unsre Rote Armee unterstützen. Der Kampf mit den weißgardistischen Dieben ist unsre erste politische Schuld.

Nach diesen Meldungen scheint nur das eine gewiß zu sein, daß Europa noch lange keinen Frieden haben wird, auch ohne daß Deutschland, dem man die Schuld am ganzen europäischen Elend immer wieder zuzuschreiben sucht, irgendwie am Krieg noch beteiligt ist.

Die Entwaffnungsaktion erfolglos

Von verschiedenen Stellen aus Oberschlesien heute einlaufende Meldungen besagen übereinstimmend, daß die von den Alliierten geplante Entwaffnungsaktion erfolglos geblieben sei. Die Meldungen geben aber auch die Gründe für die Erfolglosigkeit an, die in der nachgiebigen Haltung der Franzosen gegenüber den Polen zu suchen sind. Die wenigen italienischen Truppen dagegen können allein nicht genügend durchdrücken. Die Meldungen über das polenfreundliche Verhalten der Franzosen lauten:

× Berlin, 25. August. Obwohl die interalliierte Kommission in Oberschlesien der Reichsregierung zugesichert hatte, die Entwaffnung der polnischen Aufständischen durchzuführen und für schleunige Herstellung geordneter Zustände zu sorgen, haben nach hier vorliegenden Nachrichten aus dem oberschlesischen Aufstandsgebiete die dort eingerückten französischen Truppen bisher keine Anstalten zur Entwaffnung der polnischen Banden getroffen. Sie haben vielmehr den „insurgenten Zeit gelassen, die Waffen verschwinden zu lassen, und erklären nun, daß sie keinen Anlaß zum Einschreiten hätten. Es ist auch vielfach zwischen den polnischen Banden und den Franzosen zu Verbrüderungen gekommen. Im Gegensatz dazu sind die wenigen dort befindlichen italienischen Truppen auf das energischste gegen die Aufrührer eingeschritten und haben ihr möglichstes getan, um die Entwaffnung durchzuführen.

* Myslowitz, 25. August. Die Entwaffnungsaktion der Entente bleibt erfolglos. Die bewaffneten Polen drangsalieren fortgesetzt die deutsche Bevölkerung und plündern die Wohnungen. Sie rücken jetzt gegen Ratibor und Kosel vor. Auch sind polnische Pläne bekanntgeworden, wonach für Kattowitz heute mit einem Aufstand zu rechnen sei. Erfreulicherweise flaut der Bergarbeiterstreik ab. Der noch streikende Teil der Arbeiter setzt sich nur aus jungen Burschen zusammen.

Auch gegen Süden hin vermögen die Besatzungstruppen den vorrückenden polnischen Insurgenten keinen festen Widerstand entgegenzustellen. So wurde auch die Stadt Rybnik von den Banden besetzt. Diese Zustände haben nun zur Verhängung des Belagerungszustandes über den Kreis Rybnik geführt.

Auf deutscher Seite wird dem aufopfernden Wirken und der Pflichttreue der Sicherheitspolizei uneingeschränktes Lob gezollt. Gegen erdrückende Uebermacht und ohne Hoffnung auf nachhaltige Unterstützung hat sie auf verlorenem Posten bis zum letzten Schuß standgehalten und ihre Pflichttreue mit Opfern an Gut und Blut besiegelt. Der Minister des Innern weiß sich, wie er erklären läßt, eins mit der oberschlesischen Bevölkerung in dem Gefühle des Dankes für den Opfermut, den die Sicherheitspolizei bewiesen hat. Er wird nichts unterlassen, um für nachdrücklichen Schutz der tapferen Beamten auf ihrem schweren Außenposten einzutreten.

Auf deutscher Seite wird auch für die Unterbringung der Flüchtlinge gut gesorgt. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien und der Oberpräsident von Oberschlesien in Breslau sind, so meldet das Wolffbureau, ermächtigt worden, alle erforderlichen Mittel zur Fürsorge für Flüchtlinge aus dem aufständischen Gebiete zur Verfügung zu stellen. Sie sind angewiesen, weitgehend darauf bedacht zu sein, daß Familien und Einzelpersonen, die durch den polnischen Terror gezwungen waren, Haus und Hof zu verlassen, keine Not leiden.

*

Neue Beruhigungstruppen

⊖ Genf, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Journal des Débats" hat der alliierte Rat dem Militärbefehlshaber für Oberschlesien eine weitere Division alliierter Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung zur Verfügung gestellt.

*

Deutsche und polnische Noten

⊖ Genf, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) In Paris sind deutsche und polnische Noten zur oberschlesischen Frage eingegangen, die aber bis zum Abschluß der alliierten Untersuchung über die Schuld an den Aufständen in Oberschlesien zurückgestellt werden.

*

Verhaftung deutscher Angestellter

+ Kattowitz, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Die in Oberschlesien herumschwirrenden Gerüchte, daß die Geschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Kattowitz durch die interalliierte Kommission geschlossen worden ist, treffen nicht zu. Es wurden lediglich am vergangenen Sonnabend drei Beamte des Gewerkschaftsbundes der Angestellten verhaftet. Außerdem wurden drei Kisten Aktenmaterial beschlagnahmt. Zwei Beamte sind am Sonntag entlassen worden, während der Sekretär weiter in Haft blieb.

Zur oberschlesischen Abstimmungsgebiet

Von unserm Sonderberichterstatter

III.

In Hindenburg, dem früheren Zabrze, dicht bei Gleiwitz gelegen, hatten wir Gelegenheit, einen Einblick in den gewaltigen Kohlenreichtum Oberschlesiens zu tun. Wir fuhren mit Genehmigung der Bergaufsicht in die fiskalische Grube „Königin Luise" ein, eines der größten Bergwerke ganz Deutschlands. In zwei Feldern, einem West- und einem Ostfelde, wird dort die Kohle abgebaut. Vom Westfelde, das wir besuchten, geht die Teufe bis zu 800 Meter; das zum Teil noch unerschlossene Ostfeld verspricht bei der gleichen Intensität des Bergbaues wie heute eine Ausbeute für volle 200 Jahre! Ganz anders als bei den uns bekannten niederschlesischen Gruben zeugt hier schon die Weiträumigkeit der Gänge und Kammern von der Mächtigkeit des Kohlenvorkommens. Kilometerweit konnten wir aufrechten Ganges tief unter der Erde wandern, richtige Eisenbahnzüge, gebildet aus 20 bis 30 kleinen, mit Kohle beladenen Wagen, fuhren an uns vorüber nach den Förderstellen. Es gab sogar einen richtigen Bahnhof mit Weichen und Signalanlagen. Wo die Kohle abgebaut ist, entstehen hohe, hallenartige Kammern, die dann mit feuchtem Sand zugeschüttet werden, nach einem aus Kalifornien eingeführten besonderen Verfahren.

Trotz der vorzüglichen technischen Anlage dieser Grube, besonders auch der ausgezeichneten Lüftung, ist die Arbeit in der Nacht des Erdinnern, in Staub und Hitze überaus schwer. In der ganzen Grube vernimmt man, wenn nicht gerade dumpf ein Sprengschuß hallt, ein Steinbohrer schrillt oder ein Zug mit Kohle beladener Wagen vorüberrasselt, keinen Laut. Um Oberschlesien und sein Volk zu verstehen, muß man sich ein wenig in die Seele dieser Menschen versetzen, die einen großen Teil ihres Lebens unter der Erde, der Sonne fern, verbringen. Man wird dann manches verstehen, was sonst rätselhaft erscheint, vor allem die auf den ersten Blick sonst unverständliche Mischung von politischem Radikalismus und Religiosität, die bei den oberschlesischen Berg- und Industriearbeitern etwas ganz Gewöhnliches ist.

Was Oberschlesien wegen seines Kohlenreichtums für Deutschland bedeutet, darüber beiläufig nur einige Zahlen. Die oberschlesischen Steinkohlenfelder sind die mächtigsten der Welt. Das tiefste Bohrloch in Czuchau, 2940 Meter tief, geht von einer Teufe von 115 Meter durch 168 Kohlengänge. Der Kohlenvorrat Oberschlesiens beträgt schätzungsweise 100 Milliarden Tonnen, wovon 113 Milliarden Tonnen abbauwürdig sind. Bei einer Jahresproduktion von 50 Millionen (im Jahre 1919 förderten wir 33 Millionen, im Frieden 46 Millionen Tonnen), würde dieser Kohlenvorrat 1200 Jahre reichen. Mehr als ein Drittel der für unsre Industrie benötigten Kohlen stammen heute aus Oberschlesien, nachdem wir das Saarrevier verloren haben und infolge des Abkommens von Spa jährlich zunächst 24, später 30 Millionen Tonnen abliefern müssen. Daraus allein schon kann man ermessen, was Oberschlesien für Deutschland bedeutet. Schon durch eine an sich sehr wohl durchführbare Steigerung der Kohlen- und Eisenerzeugung Oberschlesiens etwa auf den Friedensstand und eine dementsprechende Ausfuhr würden wir die Lage Deutschlands auf dem Weltmarkte im Vergleich zu heute völlig verändern können und einem neuen Aufschwung den Weg bereiten.

Es ist deshalb begreiflich, daß die Polen solche Anstrengungen machen, um Oberschlesien an sich zu reißen und so die Frucht von etwa fünf bis sieben Jahrzehnten deutscher Arbeit mühelos zu gewinnen. Mehr als kurzsichtig aber ist es von der Entente, von den Franzosen vor allem, wenn sie die sarmatischen Ränkeschmiede dadurch unterstützen. Denn polnische Wirtschaft ist noch immer gleichbedeutend mit Verfall und Niedergang gewesen. Wenn Oberschlesien polnisch würde, oder auch nur als sog. Freistaat unter polnische Führung sich begäbe, so wäre es um den blühenden Bergbau und um die Eisenindustrie geschehen. Die Weltwirtschaft würde statt einer Steigerung der Kohlenproduktion, die ihr so bitter not tut, ein Versiegen des schwarzen Stromes erleben und allgemeine europäische, nicht nur deutsche Verelendung wäre die Folge.

Wenn es freilich nur einigermaßen gerecht bei der Abstimmung zugeht und nachher, so ist eine solche Katastrophe nicht zu befürchten. Die Polen können zur Zeit in keinem Kreise mit einer Mehrheit rechnen, wenn auch in einigen Orten, wie Pleß und Rybnik, mit nicht ganz geringen Minderheiten. Gegenüber allen Anmaßungen der Polen aber, wie solche erst dieser Tage Korfanty wieder in seinem berüchtigten Aufrufe unmittelbar vor dem neuen Aufstande zutage gefördert hat mit der Behauptung, daß die Deutschen nur Fremdlinge in Oberschlesien wären, muß immer wieder mit größter Entschiedenheit sowohl auf das wirtschaftliche und kulturelle als auch auf das historische Recht Deutschlands verwiesen werden. Man braucht dazu gar nicht bis auf die Völkerwanderung zurückzugehen, wo längst vor den Slawen Germanen an der oberen Oder saßen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Oberschlesien seit 1763 zu Preußen, vorher aber zur habsburgischen und böhmischen Krone gehört hat, nie jedoch zu Polen. Eine polnische Bewegung in Oberschlesien hat es bis 1898 überhaupt nicht gegeben. Erst in diesem für Deutschland auch sonst verhängnisvollen Jahre begann die Wühlarbeit der Nationalpolen in Beuthen.

Damals erschienen Napieralski und andre großpolnische Redakteure in Beuthen und begründeten von dort aus eine nationalpolnische Presse in Oberschlesien, die es bisher dort nicht gegeben hatte. Vier Jahre lollen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200826/1